

Die (ent-)politisierte Region

Felicitas Kübler, Michael Mießner & Matthias Naumann

Schlaglöcher in der Straße, leerstehende Geschäfte, die Jungen gehen und nur die Alten bleiben, sterbende Dörfer... Solche medialen Darstellungen kennen wir aus den verschiedensten Regionen. Darin und in politischen Stellungnahmen wird ein Bild von Regionen gezeichnet, die zwangsläufig *veröden*, *schrumpfen* oder *sparen* müssen. Diese Prozesse werden als alternativlos präsentiert. Solche Darstellungen verschleieren allerdings, inwiefern Schrumpfung oder Verödung in politische Prozesse und Entscheidungsspielräume eingebettet sind. Mit dem folgenschweren Resultat, dass eine grundsätzliche Auseinandersetzung über regionale Entwicklung damit unmöglich wird. Dieser Sichtweise auf Regionalentwicklung stellen wir im folgenden Beitrag ein Verständnis gegenüber, das zum einen die historische Gewordenheit und Veränderlichkeit von Regionen und zum anderen deren institutionelle und administrative Herstellung und Bearbeitung thematisiert. Somit werden Regionen durch vielfältige, miteinander verbundene, Prozesse als räumliche Konstrukte (re)produziert. Die Entwicklung von Regionen ist geprägt von verschiedenen Akteur:innen und deren Interessen – infolgedessen immer politisch umkämpft. Wir argumentieren darüber hinaus, dass die eingangs erwähnte Verwaltung des Sachzwangs in der Regionalentwicklung an Debatten um »Post-Politik« und »Post-Demokratie« (Crouch 2008) anschließt, die seit einiger Zeit in der Stadtforschung breit rezipiert werden (Swyngedouw 2009).

Regionen verstehen wir in diesem Zusammenhang als räumliche Konstrukte, die auf drei, aufeinander Bezug nehmenden, Ebenen politisch wirksam werden. Zum ersten handelt es sich dabei um räumliche Imaginationen, die durch die Vorstellung gemeinsamer Merkmale diskursiv hergestellt werden. Zum zweiten handelt es sich um Territorien, die institutionell hergestellt sowie verdichtet werden und somit die Materialität der Region umfassen. Drittens sind Regionen rationale Räume, die nur in Verbindung bzw. Abgrenzung zu anderen Raumeinheiten zu denken sind. Die genaue Beschreibung von *Region* kann somit je nach Fragestellung oder politischen Interessen variieren. Entscheidend ist, dass Regionen keine bereits feststehenden Einheiten sind, sondern ökonomisch, sozial und politisch produziert werden.

In unserem Beitrag legen wir den Fokus auf die (Ent-)Politisierung der Region. In diesem Sinne wird Regionalentwicklung einerseits als Prozess der politischen Gestaltung von Regionen und andererseits als politisch betriebene Veränderungen verstanden, die Regionen in der Vergangenheit erfahren haben. Daran anschließend möchten wir im Folgenden die Entpolitisierung von Regionen und deren Entwicklung wie auch die ambivalenten Möglichkeiten einer Repolitisierung von Regionalentwicklung skizzieren. Der Ausgang dieser Repolitisierung ist dabei offen und kann sowohl progressiv als auch regressiv oder autoritär besetzt werden; somit schließen wir mit der Notwendigkeit der Formulierung emanzipatorischer Utopien für Regionen und deren Entwicklung.

Vom Ende des Politischen

Die Begriffe »Post-Politik« (Žižek 2001) und »Post-Demokratie« (Crouch 2008) beschreiben Veränderungen der politischen Sphäre, wobei jeweils unterschiedliche Bereiche gesellschaftlicher Aushandlungen thematisiert werden. Mit Bezug auf Rancière beschreibt Žižek (2001, S. 273) Post-Politik als eine neue »Leugnung« politischer Prozesse, denn statt Aushandlung und Konflikt ständen ein allgemeiner Konsens sowie eine Politik der Mitte im Fokus. Gesellschaftliche Widersprüche müssen dabei ohne die Ausübung offenen Zwanges geglättet werden, was sich in neuen Formen der Kontrolle und Überwachung äußert (Agnoli 2004, S. 25). Laut Žižek (2001) geht mit dieser Neuordnung des Politischen eine Rationalisierung und Legitimierung der kapitalistischen Produktionsweise einher, inklusive deren fundamentaler sozialer Ungleichheit, denn: »Zu sagen, dass gute Ideen solche seien, die funktionieren heißt schlicht, dass man im Voraus schon die [global kapitalistische] Konstellation akzeptiert, die festlegt, was überhaupt funktionieren kann« (Žižek 2001, S. 273). In Post-Politik verbinden sich Appelle zur Beilegung ideologisch fundierter Politiken, die Beteuerung, dass es sich bei links und rechts um längst obsolete Kategorien handle, sowie ein technokratisches Verständnis gesellschaftlicher Problemlagen und deren Bearbeitung (Michel & Roskamm 2013, S. 11). Während die demokratischen Institutionen, die in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft wurden, intakt geblieben sind, »entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vorodemokratische Zeiten« (Crouch 2008, S. 13). Zu den postdemokratischen Veränderungen gehört laut Crouch (2008) ein Ausbau der Entscheidungsmacht bereits privilegierter Eliten innerhalb politischer Prozesse zulasten demokratischer Beteiligung. Während die soziale Marktwirtschaft somit zunehmend zugunsten eliten-zentrierter, neoliberaler Politiken erodiert wurde, nahm innerhalb der von Abstiegsängsten betroffenen Gesellschaftsschichten die politische Frustration zu und die Beteili-

gung an politischen Entscheidungen ab (Crouch 2008, S. 14ff.). Zusammenfassend beschreibt der Begriff Postdemokratie somit folgende Veränderungen:

»Der Begriff Postdemokratie kann uns dabei helfen, Situationen zu beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitmacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ›von oben‹ dazu überreden muß, überhaupt zur Wahl zu gehen« (Crouch 2008, S. 30).

In der Kritischen Geographie wird diese Transformation des Politischen primär im Kontext der zunehmend wettbewerbsorientierten Ausrichtung städtischer Politiken betrachtet. So zeigen Arbeiten, wie städtische Umweltpolitik (Swyngedouw 2009) oder die Privatisierung von Infrastrukturunternehmen (Beveridge & Naumann 2014) als Beispiele der oben beschriebenen Entpolitisierung in Städten verstanden werden können. Die Anwendung auf empirische Gegenstände jenseits urbaner Räume, wie beispielsweise die Regionalentwicklung, fehlt bislang. Jedoch sind ländliche Regionen in besonderem Maße von Austeritätspolitiken betroffen, sodass wir im Folgenden Regionen in der Bundesrepublik Deutschland als Beispiele verwenden, um die beiden Begriffe (Ent)politisierung und Region zueinander in Beziehung zu setzen.

Die Entpolitisierung regionaler Entwicklung

Seit einiger Zeit gibt es in Deutschland eine Debatte um sterbende Dörfer und wie Prozesse des Niedergangs von Regionen aufzuhalten oder zu revidieren seien. Die Ursachen regionaler Strukturprobleme reichen jedoch bis in die 1980er Jahre zurück. Bereits seit mehreren Jahrzehnten werden die zugrundeliegenden Logiken der Regionalentwicklung als zwangsläufig sowie alternativlos gerahmt und notwendige Widerstände oder Konflikte erschwert oder verunmöglich. Ein Beispiel hierfür ist die Aufrechterhaltung von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Diskussion um die Zukunft der Daseinsvorsorge in Deutschland behandelte in den letzten Jahrzehnten vor allem Fragen des Rückbaus technischer Infrastrukturen und Schließungen von Einrichtungen sozialer Infrastruktur in schrumpfenden Regionen. Grundlage dieser Entscheidungen sind vermeintliche Sachzwangslogiken, die Schulschließungen, die Ausdünnung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Schließung von Krankenhäusern, die Aufgabe von Post-

filialen etc. als unumgänglich erscheinen lassen. Eine zentrale Begründung nimmt dabei die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, insbesondere Abwanderung und Überalterung, ein. Dieser demographische Wandel habe eine doppelte Wirkung auf den Bedarf an Daseinsvorsorgeeinrichtungen: Einerseits führe der quantitative Bevölkerungsrückgang zu einer Verringerung der »Anzahl der potenziellen Nutzer« (Proske 2010, S. 47) und damit zu veränderten »Nachfragestrukturen«, die »unterschiedliche Anpassungen bei den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge« (BBSR 2017, S. 11) nötig machen. Andererseits würde sich »infolge der Alterung die Nachfrage nach jugendorientierten Infrastrukturangeboten (z.B. Schulen) abschwächen und die Nachfrage nach altenbezogenen Infrastrukturangeboten (z.B. Pflegeeinrichtungen) erhöhen« (Proske 2010, S. 47). Eine Auseinandersetzung über die Gründe des demographischen Wandels sowie dessen sozial wie auch räumlich ungleichen Folgen findet jedoch nicht statt. Somit besteht kaum Spielraum für Diskussionen über mögliche alternative Entwicklungen aktuell schrumpfender Regionen.

Eine weitere Form der Entpolitisierung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen besteht darin, dass die Tragfähigkeit von Infrastrukturen zum entscheidenden Kriterium des Erhalts von Einrichtungen der Daseinsvorsorge gemacht wird (z.B. Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2016). Die Tragfähigkeit wird dabei im raumplanerischen Diskurs überwiegend nach ökonomischen Kriterien berechnet. Sie stellt aus Sicht der Raumplanung insbesondere in dünn besiedelten und peripheren Räumen »eine Herausforderung« für die regionale Entwicklung dar, weil aufgrund der hier geringeren »Gesamtkaufkraft der Nachfrager« sich »nur für wenige Leistungsbereiche eine marktwirtschaftliche Tragfähigkeit aus[bildet]« (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2016, S. 5). Ob eine marktwirtschaftliche Tragfähigkeit allein ausschlaggebend ist oder ob nicht auch andere Kriterien für die Bereitstellung von technischen und sozialen Infrastrukturen herangezogen werden sollten, wird so nicht thematisiert. Beispiele für andere Kriterien wären etwa ökologische Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich oder auch demokratische Beteiligung an der Daseinsvorsorge.

Das im raumplanerischen Diskurs verankerte Argument der Tragfähigkeit wird vor dem Hintergrund einer weiteren Entwicklung besonders wirksamäßig und engt den politischen Spielraum zur Aufrechterhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge stark ein. Diese weitere Entwicklung sind Austeritätspolitiken, die zwar ein »politisches Projekt« (Stützle 2013) sind, aber als unpolitische Vorgabe der Schwarzen Null präsentiert werden. In Deutschland ist diese Form der Politik, die »staatliche Haushaltsdisziplin privilegiert« (Petzold 2018, S. 14) mittlerweile auf kommunaler, wie landes- und bundespolitischer Ebene weitgehend durchgesetzt. Vor dem Hintergrund der Logiken von Tragfähigkeit und Austerität kann der Rückbau von regionalen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge nur als alternativ-

los erscheinen, denn die Gründe für Einsparungen sowie deren Folgen bleiben ausgeblendet und werden nicht hinterfragt.

Alternativen zum Rückbau der Daseinsvorsorge erscheinen vor dem oben beschriebenen Zusammenhang als utopisch, nicht praktikabel oder schlicht und einfach unmöglich. Die künftige Entwicklung von Regionen ist damit durch infrastrukturelle Beeinträchtigungen erheblich vorherbestimmt. Die Entpolitisierung von Regionalentwicklung ist jedoch weder vollständig noch unumkehrbar. Die Erfahrung des regionalen Ausgleichs durch den Sozialstaat, die dem neoliberalen Rückbau öffentlicher und sozialer Infrastruktur vorausging, bietet Möglichkeiten zur Artikulation von Abstiegserfahrungen und Frustration. So bleibt die Entpolitisierung nicht unwidersprochen und führt immer wieder zu Konflikten. Damit ist prinzipiell auch eine Wiedereröffnung politischer Debatten um die Zukunft von schrumpfenden Regionen möglich.

Die Repolitisierung der Regionalentwicklung

Der scheinbar unpolitische Charakter gesellschaftlicher Entwicklungen und Entscheidungen durch Entpolitisierung ist kein Naturgesetz – vielmehr wird der Anschein der Legitimität durch gesellschaftliche Kontrolle aufrechterhalten und kann daher auch repolitisiert werden (Jessop 2015, S. 100f.). Dabei wird der politische Charakter des Gegenstandes selbst zum potenziellen Konflikt: »[D]epoliticization would backfire if it provokes controversies and contention about the demarcation of the political and non-political spheres and what properly belongs on the unmarked side or in given, positively demarcated, non-political sphere« (Jessop 2015, S. 100f.). Somit besteht immer auch die Möglichkeit, vermeintliche Sachzwänge zu hinterfragen und politische Alternativen wieder einzufordern, insbesondere, wenn sich gesellschaftliche Konflikte und Verteilungskämpfe zuspitzen. So kann dem neoliberalen Paradigma von *There is no Alternative* (TINA) die Forderung nach *There are many Realistic Alternatives* (TAMARA) entgegengestellt werden. Damit verändern sich auch TINAs Begleiterscheinungen: Der Glaube an das Kapital und dessen inhärenten Expansionszwang als »naturgesetzlich wie gemeinnützig« (Streeck 2017, S. 253) verbunden mit zunehmender Deregulierung der Märkte und Abbau sozialer Ausgleichs- und Sicherheitsprogramme kann infrage gestellt und überwunden werden. Auf globaler Ebene vollzieht sich diese Repolitisierung vor allem im Kontext populistischer Bewegungen und Parteien. Nach jahrelang zurückgehenden Wahlbeteiligungen steigen diese nun wieder, was »ausschließlich neuartigen Parteien und Bewegungen zugute [kommt], welche die nationalen politischen Systeme durcheinanderbringen« (Streeck 2017, S. 260).

Im Nachgang der Finanzkrise von 2008 verschärften sich die gesellschaftlichen Konflikte vielerorts und progressive Bewegungen entwickelten sich im Kontext der

Anti-Austeritätsbewegung und Parteien wie Podemos oder Syriza (Marchart 2017, S. 13). Während diese Repolitisierungsversuche gesellschaftliche Verteilungskämpfe und soziale Gerechtigkeit thematisierten, zeichnet sich in den letzten Jahren zunehmend eine regressive, autoritäre Form der Repolitisierung ab, wie sie sich im Brexit-Referendum oder im Trumpismus manifestiert hat. Damit folgt die Repolitisierung auch einer Logik von »There is no Alternative to my Absolute and Rational Ideas and Attitudes« (TINA-MARIA), die ein Kern rechtspopulistischer Positionen ist (Förtner et al. 2021, S. 578).

Erste Anzeichen einer Repolitisierung der Regionalentwicklung sind in Deutschland auf mehreren Ebenen erkennbar. So ist das allgemeine raumordnungspolitische Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, das eine wichtige Rechtfertigung für den Erhalt von Daseinsvorsorgeeinrichtungen darstellt, in den vergangenen Jahren wieder zum Gegenstand politischer Diskussionen in Deutschland geworden. Das Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist seit Mitte der 1970er-Jahre immer wieder neu interpretiert worden (Mießner 2017, S. 138ff.). In den 1970er-Jahren sollte unter seinem Namen die Chancengleichheit der Bürger:innen in räumlicher Hinsicht gefördert werden. In den 1980er-Jahren wurde das Leitbild im Sinne endogener Entwicklungsstrategien interpretiert und Ende der 1990er-Jahre schließlich sollte die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zur Förderung nachhaltiger Entwicklung beitragen. Der Entpolitisierung der Daseinsvorsorge vorgreifend, verliefen diese Neuinterpretationen größtenteils konfliktfrei. Somit kann die heutige Repolitisierung der Regionalentwicklung zwar auf die Erfahrung einer vorher vorhandenen Ausgleichspolitik zurückgreifen, muss jedoch zugleich neue Strategien und Forderungen entwickeln, um den Wunsch nach Veränderung zu artikulieren.

Aktuell beobachten wir eine erneute Zunahme politischer Debatten um das Konzept gleichwertiger Lebensverhältnisse, die wir als Zeichen für eine beginnende Repolitisierung der Regionalentwicklung verstehen. Ein wichtiger Auslöser für die aktuelle Diskussion war das Strategiepapier *Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse* überall des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019), das auf die mehrjährige Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« zurückgeht. Unverbindliche Formulierungen im Strategiepapier führten dabei zu verschiedenen Kritikpunkten: Beispielsweise argumentieren Kersten et al. (2019, S. 5), die Schlussfolgerungen des Strategiepapiers seien kaum als »Aufbruch in eine neue Politik des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts« zu verstehen. Die Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft bemängelt die fehlenden Finanzierungsansätze sowie die fehlende Möglichkeit, Querschnittsaufgaben in den Fachressorts zu verankern und durchzusetzen (Baumgart & Priebs 2019). Darüber hinaus sind einige Studien entstanden, welche die (un)gleichwertig-

gen Lebensverhältnisse in Deutschland untersuchen (z.B. Fina et al. 2019) und zum Teil weitreichende Forderungen für die Regionalpolitik formulieren. Die Forderungen reichen von der Stärkung des Zusammenhalts, über Monitorings oder die Stärkung der kommunalen Ebene (Fina et al. 2019, S. 69f.) bis hin zur Überwindung der Unterfinanzierung der Daseinsvorsorgeinfrastrukturen, einer Stärkung demokratischer Strukturen und der Unterstützung sozial-ökologischer Transformationsprozesse (Kallert et al. 2020, S. 59ff.). Damit werden Debatten über grundsätzliche Alternativen zu bisherigen Vorstellungen regionaler Entwicklung ermöglicht und in einem neuen Kontext (re)politisiert.

Allerdings lassen sich die eingangs mit Post-Politik oder Post-Demokratie beschriebenen Veränderungen nicht einfach revidieren. Denn die sich auflösende Verbindung der früheren Volksparteien zu ihrem Wähler:innenklientel, einer zentralen Möglichkeit demokratischer Teilhabe, hat wichtige Verknüpfungen von Politik und Gesellschaft abreißen lassen (Della Porta 2020, S. 143). In diese Lücke stoßen rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Beispiele dafür sind die rechtspopulistische bis extrem rechte Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) sowie mit dem Kameradschaftsmilieu verbundene Gruppen, etwa die sogenannten »völkischen Siedler:innen« (Röpke 2018). Diese Gruppen sind alle der extrem rechten Szene zuzuordnen, oft personell miteinander verbunden und deutschlandweit vernetzt. Mit unterschiedlichen Strategien versuchen sie die durch Rückbau sozialer und öffentlicher Infrastruktur entstandene Lücke zu besetzen: »Rechtsextreme rechnen in strukturschwachen Regionen mit wenig Gegenwehr beim Versuch, sich mit gezielten Immobilienkäufen niederzulassen und so strategisch Räume zu ergreifen, um die Dorfstruktur langfristig in ihrem Sinn zu beeinflussen« (Nowak 2017, S. 22).

Da rechtspopulistische Argumentationen antidemokratisch und antiegalitär sind (Salzborn 2017), stellen sie jedoch keine echte Reaktivierung des demokratischen Projektes dar, die in der Entwicklung progressiver gesellschaftlicher Alternativen bestünde. Um der Gefahr einer Repolitisierung regionaler Entwicklung durch Rechtspopulist:innen zu begegnen, sind progressive Ansätze und Utopien notwendig, die wir abschließend skizzieren.

Fazit: Regionalentwicklung als progressives Projekt

Regionen und deren Entwicklung – so die zentrale Aussage unseres Beitrags – sind genuin politisch, veränderbar und umkämpft. Während regionaler Ausgleich und die Daseinsvorsorge in Deutschland lange Zeit nicht kontrovers verhandelt und durch die neoliberalen Bearbeitung des infrastrukturellen Rückbaus zunehmend entpolitisiert wurden, beobachten wir seit einiger Zeit eine Trendwende. Die Argumentation des Sachzwanges stößt zunehmend auf Widerspruch und es lässt sich

eine beginnende Repolitisierung der Debatten um regionale Entwicklung feststellen, die verschiedene Optionen verhandelt. Der Ausgang dieser Debatten ist offen. Während sich im engeren regionalpolitischen Diskurs die Kritik an Programmen wie Unser Plan für Deutschland bisher noch hauptsächlich auf die Umsetzung von Maßnahmen konzentrierten, gibt es – wie wir gezeigt haben – Versuche von Rechtspopulist:innen, den staatlichen Rückzug aus dem ländlichen Raum für rechte Politiken zu besetzen.

Umso wichtiger erachten wir somit die Aufgabe kritischer Regionalforschung, progressive Ansätze für die Entwicklung von Regionen zu entwerfen, zu erproben und zu hinterfragen. Für eine Regionalentwicklung als progressives Projekt braucht es erstens Utopien als Leitbilder, an denen sich lokale Projekte orientieren können, um diese weiterzuentwickeln und, wenn nötig, zugunsten praktikablerer Ansätze auch wieder verwerfen zu können. Beispiele für Utopien regionaler Entwicklung, die keine konkreten Handlungsanweisungen, sondern grundsätzliche Perspektiven aufzeigen können, wären etwa ein »Progressiver Ruralismus« (Kallert et al. 2020, S. 59) oder ein »Recht auf den ländlichen Raum« (Barracough 2013). Wie auch beim *Recht auf Stadt* geht es diesen Ansätzen darum, Bewohner:innen die Möglichkeit für die Veränderung von Räumen (zurück) zu geben, Argumente und Handlungen, die bislang als selbstverständlich und unhinterfragbar galten, zur Debatte zu stellen und gemeinschaftliche Lösungen zu finden. Darüber hinaus sind zweitens für eine progressive Repolitisierung aber auch konkrete Vorhaben nötig. Diese können den Erhalt von Schulen und Krankenhäusern, die Reaktivierung von Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs oder auch die Gründung kommunaler beziehungsweise genossenschaftlicher Infrastrukturangebote umfassen. So zeigen aktuelle Studien – beispielsweise für Brandenburg (Sander 2021) – die Vielfalt lokaler emanzipatorischer Initiativen in ländlichen Regionen. Für die Realisierung dieser Vorhaben sind aber nicht nur Möglichkeiten der Beteiligung und Finanzierung notwendig, sondern auch lokale Aktivist:innen, die es gerade in ländlichen Kontexten häufig schwer haben – so »werden Menschen, die auf undemokratische Missstände hinweisen, [oft] als das eigentliche Problem gesehen, weil sie vermeintlich die Ruhe in der Kommune stören – und nicht jene, die menschenfeindliche Positionen in Wort und Tat verbreiten« (Vogel 2019, S. 108). Somit muss die kritische Regionalforschung nicht nur die weiterhin dominanten Sachzwanglogiken der Regionalentwicklung kritisieren, sondern auch zur Entwicklung konkreter Ansätze und deren Umsetzung beitragen. Während die Entpolitisierung in vielen Bereichen zu einer Verfestigung regressiver Politiken geführt hat, bieten sich auch immer mehr Möglichkeiten für eine Repolitisierung. Diese progressiv zu wenden, bleibt Aufgabe einer kritischen Regionalforschung.

Literatur

- Agnoli, J. (2004). Die Transformation der Demokratie. In: Görres Agnoli, B. (Hg.) *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften*, 13-93. Hamburg: Konkret.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2016). *Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken: Perspektiven und Handlungsfelder*. Positionspapier aus der ARL, 108. Hannover: ARL.
- Barracough, L. (2013). Is There Also a Right to the Countryside? *Antipode*, 45(5): 1047-1049. <https://doi.org/10.1111/anti.12040>.
- Baumgart, S. & Priels, A. (2019). Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. *Nachrichten der ARL*, 2: 32-34.
- Beveridge, R. & Naumann, M. (2014). Global norms, local contestation: Privatisation and de/politicisation in Berlin. *Policy and Politics*, 42(2): 275-291. <https://doi.org/10.1332/030557312X655918>.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2017). *Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern*. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft & Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019). *Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall*. Ostbevern: MKL Druck GmbH & Co. KG.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Della Porta, D. (2020). *How Social Movements Can Save Democracy*. Cambridge: Polity.
- Fina, S., Osterhage, F., Rönsch, J., Rusche, K., Siedentop, S., Zimmer-Hegmann, R. & Danielzyk, R. (2019). *Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätsbericht 2019. Karten, Indikatoren und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen. Für ein besseres Morgen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Förtner, M., Belina, B. & Naumann, M. (2021). The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. *Environment and Planning C: Politics and Space*, 39(3): 574-596. <https://doi.org/10.1177/2399654420951803>.
- Jessop, B. (2015). Repoliticising depoliticisation: theoretical preliminaries on some responses to the American fiscal and Eurozone debt crisis. In: Flinders, M. & Wood, M. (Hg.) *Tracing the Political. Depoliticisation, Governance and the State*, 95-115. Bristol: Policy Press. <https://doi.org/10.1332/030557312X655864>.
- Kallert, A., Belina, B., Mießner, M. & Naumann, M. (2020). *Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kersten, J., Neu, C. & Vogel, B. (2019). Gleichwertige Lebensverhältnisse – für eine Politik des Zusammenhalts. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46: 4-11.

- Marchart, O. (2017). Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44: 11-16.
- Michel, B. & Roskamm, N. (2013). Einführung. Die ›postpolitische‹ Stadt. *Sub/urban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung*, 1(2): 9-16. <https://doi.org/10.36900/su.burban.vii2.93>.
- Mießner, M. (2017). *Staat – Raum – Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Nowak, F. (2017). »Die letzten von gestern, die ersten von morgen«? *Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Petzold, T. (2018). *Austerity Forever?! Die Normalisierung der Austerität in der BRD*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Proske, M. (2010). Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge. In: Breu, C. (Hg.) *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: Teil 12, Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern*, 45-69. Hannover: ARL.
- Röpke, A. (2018). Alte Netzwerke für junge Kader: Die Verbindungen völkischer Familien zur identitären Bewegung. In: Speit, A. (Hg.) *Das Netzwerk der Identitäten: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*, 142-159. Berlin: Christoph Links.
- Salzborn, S. (2017). *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Sander, H. (2021). *Das andere Brandenburg. Antifa, weltoffene Orte, solidarische Alternativen*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Streeck, W. (2017). Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, H. (Hg.) *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation unserer Zeit*, 253-273. Berlin: Suhrkamp.
- Stützle, I. (2013). *Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Swyngedouw, E. (2009). The antinomies of the postpolitical city: in search of a democratic politics of environmental production. *International Journal of Urban and Regional Research*, 33(3): 601-620. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2427.2009.00859.x>.
- Vogel, C. (2019). Zivilgesellschaft im Dorf stärken. Gedanken zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und zu Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus. In: Bundesverband Mobile Beratung (Hg.) *Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land*, 106-111. Dresden: Bundesverband Mobile Beratung e.V.
- Žižek, S. (2001). *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.